



*Versand per E-Mail*

Herrn Bundesrat  
Johann N. Schneider-Ammann  
Vorsteher WBF  
Schwanengasse 2  
3003 Bern

---

Bern, 17. April 2015

51.22/AG

## **Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG): Stärkung der höheren Berufsbildung Stellungnahme der GDK**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zur oben erwähnten Änderung des Berufsbildungsgesetzes Stellung zu nehmen.

### **I. Allgemeines**

Die GDK begrüsst grundsätzlich die Bestrebungen des Bundes, die höhere Berufsbildung im Rahmen des Strategieprojekts „Stärkung der höheren Berufsbildung“ besser zu positionieren. Die geplante Neuregelung betrifft die Finanzierung der Vorbereitungskurse eidgenössischer Prüfungen. Mit dem Wechsel von der aufwandorientierten Finanzierung durch die Kantone hin zu einer subjektorientierten Finanzierung durch den Bund soll die bisher eingeschränkte Freizügigkeit der Kurs-Absolventen verbessert werden. Nebst dem Systemwechsel will der Bund die Beiträge an die Vorbereitungskurse für eidgenössische Prüfungen künftig deutlich erhöhen. Ziel ist es, dass die direkte finanzielle Belastung der Absolvierenden von eidgenössischen Prüfungen gegenüber den übrigen Abschlüssen der Tertiärstufe vergleichbar wird. Es ist sicherzustellen, dass die Beiträge aus dem durch die Bundesversammlung noch zu bewilligenden BFI-Kredit auch entsprechend eingesetzt werden. Die GDK erwartet im erläuternden Bericht des Bundesrates eine verbindliche Zusage, dass die Stärkung der höheren Berufsbildung nicht zu einer Schwächung der übrigen Berufsbildung führt.

Die Gesetzesänderung ist für die kantonalen Gesundheitsbehörden insofern von Belang, als in Zukunft einige versorgungsrelevante Spezialisierungen als Berufsprüfungen bzw. höhere Fachprüfungen positioniert werden. Dazu gehören die Berufsprüfung in Langzeitpflege und -betreuung sowie höhere Fachprüfungen für Spezialisierungen in der Pflege, etwa für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen oder im Bereich Geriatrie. Da im Gesundheitsbereich (unter der Trägerschaft von OdASanté) bisher noch keine



eidgenössischen Prüfungen durchgeführt worden sind, kann für die Beurteilung der vorliegenden Gesetzesänderung allerdings nicht auf bisherige Erfahrungen zurückgegriffen werden. Wir äussern uns nicht zu den Umsetzungsaspekten, welche vorab die Prüfungsträgerschaften betreffen. Hingegen möchten wir zwei grundsätzliche Bedenken aus der Sicht der Gesundheitsversorgung einbringen.

## **II. Ausreichende Zahl an PrüfungsabsolventInnen sicherstellen (Nachwuchssicherung)**

Der Bund hat in den letzten Jahren mehrere Projekte ins Leben gerufen, welche direkt oder indirekt auf eine Förderung der Gesundheitsberufe abzielen: Der Masterplan Bildung Pflege, der unter der Leitung des SBFJ von 2010-2015 läuft, hat zum Ziel, die Abschlüsse im Bereich der Pflegeberufe langfristig zu erhöhen. In der 2011 lancierten Fachkräfteinitiative des WBF (FKI) zur besseren Ausschöpfung des inländischen Potenzials sind die Pflegeberufe ebenfalls eingeschlossen. Im Rahmen der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative sollen die Massnahmen der FKI noch intensiviert werden. Die GDK steht vollkommen hinter dem Ziel, das inländische Fachkräftepotenzial möglichst gut auszuschöpfen. Sie beteiligt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit auch an einzelnen Projekten, etwa zur Abgeltung der betrieblichen Ausbildungsleistungen – ein Thema, mit welchem sich die GDK übrigens seit 2009, als die Einführung der neuen Spitalfinanzierung beschlossen wurde, beschäftigt. Es ist der GDK ein Anliegen, dass die Förderung des Nachwuchses in den Gesundheitsberufen durch den bevorstehenden Systemwechsel nicht in Frage gestellt wird. Wir gehen davon aus, dass auch der Bund im Sinne einer konsistenten Politik dieses Interesse teilt.

Gemäss den Angaben im erläuternden Bericht bleibt es den Kantonen vorbehalten, die Anbieter von Vorbereitungskursen bei Bedarf zusätzlich zu unterstützen. Zu diesem Zweck soll ein Teil der heutigen Pauschalbeiträge bei den Kantonen verbleiben (ca. 10 Millionen CHF). Im Bericht wird als Beispiel einer solchen kantonalen Unterstützung das regionalpolitische Interesse genannt (S. 17). Es kann für die Kantone aber auch aus Gründen der Versorgungssicherheit ein öffentliches Interesse bestehen, ausgewählte Angebote zu unterstützen.

Die GDK beantragt daher, nebst dem regionalpolitischen Interesse auch die **Versorgungssicherheit** als Grund für eine zusätzliche Angebotsunterstützung in die Botschaft zur Gesetzesänderung aufzunehmen.

In Art. 56a Abs. 2 wird eine Obergrenze der Beiträge an die Absolvierenden von Vorbereitungskursen von max. 50% der anrechenbaren Kursgebühren definiert. Die restlichen Kosten müssen entweder von den Absolventinnen und Absolventen oder den Betrieben gedeckt werden. Eine Abwälzung dieser ungedeckten Bildungskosten an die Studierenden ist im Gesundheitsbereich nicht realisierbar. Im Hinblick auf die Anforderungen in den Betrieben bezüglich der Patientensicherheit muss sichergestellt werden, dass eine ausreichende Zahl von Mitarbeitenden Weiterbildungen absolvieren können, in denen sie sich spezialisierte oder vertiefende berufliche Kompetenzen aneignen, die für die Gesundheitsversorgung notwendig sind.

Die Betriebe selber haben wenig Handlungsspielraum in der Gewährung von Beiträgen für Weiterbildungen. Die Einnahmen der Betriebe im Gesundheitswesen basieren auf verhandelten oder vom Bundesrat festgelegten Tarifen für medizinische, pflegerische und therapeutischen Leistungen. Kostenanteile für die schulische Ausbildung von Gesundheitspersonal werden nicht über die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) abgegolten.



Für die versorgungsnotwendigen Studiengänge im Gesundheitswesen an Höheren Fachschulen haben die Kantone einer Kostenbeteiligung von 90% zugestimmt (HFSV). Damit keine Fehlanreize zwischen den Vorbereitungskursen und den höheren Fachschulen entstehen, fordern wir die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln (Bund/Kanton) für Beiträge an die Vorbereitungskurse von Prüfungen für versorgungsnotwendige Spezialisierungen, die eine 90-prozentige Förderung ermöglichen. Eine Liste der für die Versorgung notwendigen Spezialisierungen könnte der Bundesrat auf Antrag der GDK in einen Anhang der Verordnung zum Berufsbildungsgesetz (BBV) aufnehmen.

Die GDK beantragt, Artikel 56a Abs. 2 wie folgt zu ergänzen:

<sup>2</sup>Die Beiträge decken höchstens 50% der anrechenbaren Kursgebühren. *Vorbereitungskurse, welche auf Prüfungen von versorgungsnotwendigen Spezialisierungen im Gesundheitsbereich vorbereiten, können bis zu 90% subventioniert werden. Eine Liste mit den entsprechenden Prüfungen wird in einem Anhang der BBV geführt.*

### III. Qualität der Vorbereitungskurse sicherstellen

Über genügend Absolventinnen und Absolventen von versorgungsnotwendigen Prüfungen zu verfügen, ist das Eine. Im Hinblick auf die Patientensicherheit muss aber auch sichergestellt sein, dass die Bildungsangebote die nötigen Qualitätsanforderungen erfüllen. Wir fordern ergänzende Angaben, wie die Qualitätssicherung für Vorbereitungskurse im Gesundheitswesen sichergestellt werden kann.

Die GDK fordert ergänzende Angaben darüber, ob und welche minimalen Qualitätskriterien definiert werden und wie die Qualität der Vorbereitungskurse aufgrund des Systemwechsels künftig sichergestellt wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHE KONFERENZ DER KANTONALEN  
GESUNDHEITSDIREKTORINNEN UND –DIREKTOREN

Michael Jordi  
Zentralsekretär